

Studiengebühren sorgen für mehr Gerechtigkeit

In Deutschland ist die Hochschulbildung "frei"; damit ist gemeint, daß nicht die Nutznießer selber, sondern Dritte dafür zahlen. Das hat schon Karl Marx sehr klar erkannt: "Wenn in einigen Staaten der letzteren auch 'höhere' Unterrichtsanstalten unentgeltlich sind," schreibt er in seiner "Kritik des Gothaer Programms" über "kostenlose" öffentliche Bildung in den USA, "so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel [zu] bestreiten."

Und so verhält sich das auch heute: die "höheren Klassen" bestreiten ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel. Im Jahr 1994 kamen über 420.000 Studenten und Studentinnen an bundesdeutschen Universitäten aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 6000 Mark. Nur 250.000 kamen aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 3000 Mark; in manchen "teuren" Studiengängen, wie etwa der Medizin, sitzen fast nur Kinder reicher Eltern auf den Hörsaalbänken.

Bezahlen aber müssen alle, insbesondere auch die Familien, die überhaupt keine Kinder auf die Universitäten schicken. Sie sind die mit Abstand größten Opfer unserer sogenannten "freien" Hochschulbildung, die die Allgemeinheit jährlich rund 30 Milliarden Mark kostet (ohne BAFÖG, Studentenkindergeld und öffentliche Zuschüsse zu Wohnheimen etc.). Rund die Hälfte davon kommt aus der Kasse von Haushalten, die nicht den geringsten direkten Nutzen davon haben, hatten oder haben werden. Ungerecht ist auch die Verteilung der Nutzen und Lasten auf die verschiedenen Einkommensklassen. Denn die höheren Steuern, welche die Besserverdienenden bezahlen bzw. bezahlen sollten, gleichen den höheren Studentenanteil unter ihren Kindern nicht ganz aus. Oder, anders ausgedrückt, die Armen zahlen zwar weniger Steuern, schicken aber auch weniger, und zwar überproportional weniger Kinder auf die Universitäten. Daraus folgt, daß sie netto die Erziehung und akademische Ausbildung der Söhne und Töchter der Reichen finanzieren.

So zahlten etwa die Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2000 Mark im Jahr 1994 insgesamt 670 Millionen Mark in die allgemeine Bildungskasse (das ist der Anteil der von diesen Haushalten gezahlten Einkommens-, Umsatz-, Kfz- und Branntweinsteuer etc., der in die Hochschul-Bildungsfinanzierung fließt), bekamen aber weniger als 600 Millionen Mark in Form von "freier" Bildung für ihre Kinder daraus zurück. Für jedes Kind auf der Universität zahlten sie pro Jahr 12000 Mark an Steuern, verglichen mit 9100 Mark pro Kind für die Einkommensklasse 2000 bis 3000, 9300 Mark pro Kind für die Einkommensklasse 3000 bis 4000 und 11000 Mark pro Kind und Jahr für die Einkommensklasse zwischen 4000 und 5000. Erst die Haushalte in der Klasse 5000 Mark und höher zahlen als ganze mehr für einen Studienplatz als die allerärmsten. Davon abgesehen verdienen Akademiker über das Leben gerechnet rund 50 Prozent mehr als unstudierte Bürger, zahlen aber weniger als die Hälfte ihrer Studienkosten über höhere Steuern an die Solidargemeinschaft zurück. Wie man den Ruf nach mehr Gerechtigkeit in diesen Dingen als Sozialabbau bezeichnen kann, wird wohl auf ewig ein Geheimnis bleiben.

Falsch ist auch das Argument, durch Studiengebühren würden Kinder aus ärmeren Familien noch stärker als ohnehin schon von den Universitäten ferngehalten. Wenn man nur wollte, gäbe es Dutzende von Möglichkeiten, von staatlich verbürgten

Darlehen bis zu Zuschlägen auf die Einkommenssteuer für akademische Berufe, die Kosten der tertiären Bildung auch ohne Abschreckungseffekte gerechter zu verteilen.

Die einzigen Leidtragenden von Studiengebühren wären in jedem Fall Deutschlands Professoren. Heute können sie ihre Studenten noch ungestraft gewissermaßen wie Bittsteller behandeln. Zahlende Kunden dagegen wollen für ihr Geld auch eine entsprechende gute Gegenleistung sehen. Die Qualität der Lehre und akademischen Ausbildung an deutschen Universitäten würde auf diese Weise quasi über Nacht um Quantensprünge besser.